



Datenschutz

Gesetzentwurf zum sogenannten Beschäftigtendatenschutz zurückgezogen

Die Koalition hat heute die für Freitag geplante Verschlechterung des Beschäftigtendatenschutzes von der Tagesordnung des Bundestages genommen. Zur Begründung heißt es, es sollten weitere Gespräche mit den Sozialpartnern geführt werden.

Die IG Metall hat den Entwurf ebenso wie der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften heftig kritisiert, weil er den Datenschutz für Beschäftigte deutlich verschlechtert (siehe [auch Beschluss des Vorstandes vom 14.01.2013](#)). So sollte zum Beispiel die offene Videokontrolle deutlich ausgeweitet und eine Rasterfahndung im Betrieb allein aufgrund einer Ermessensentscheidung des Arbeitgebers möglich sein. Die massiven Proteste von Gewerkschaften und Betriebsräten haben also Erfolg gehabt.

Jetzt sollte die Koalition auch konsequent sein und den Entwurf ganz zurückziehen. Bei der dringend erforderlichen Verbesserung des Datenschutzes für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist ein Neustart erforderlich.

